

Flüchtlinge: AfD-Kreischef spricht von „Umvolkung“

Im Interview rechnet Wolfram Schubert außerdem mit baldiger Regierungsverantwortung

Die AfD war Mitte März der große Gewinner der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In Stadt und Landkreis ist die Partei im Kreisverband Landshut-Kelheim organisiert, tritt in der Kommunalpolitik bisher aber kaum in Erscheinung. Grund genug für unsere Zeitung, den Kreisvorsitzenden Wolfram Schubert zum Interview zu bitten. Seine Thesen zum Islam und zur Flüchtlingskrise, aber auch zum Familienbild dürften in Politik und Gesellschaft kontroverse Debatten auslösen – ebenso, wie es die Niederbayern-AfD mit ihrem Entwurf zum AfD-Programm getan hatte.

Herr Schubert, die AfD eilt bei den Landtagswahlen von Erfolg zu Erfolg, in bundesweiten Umfragen liegt die Partei zwischen 10 und 13 Prozent. Schlägt sich das auch in der Mitgliederentwicklung Ihres Kreisverbands nieder?

Ja, die Entwicklung ist positiv. Unser Kreisverband hat derzeit rund 80 Mitglieder, im Vorjahr war die Zahl bis auf etwa 50 gesunken. Die Tendenz ist weiter steigend.

Auf kommunaler Ebene taucht die AfD in der Region Landshut bislang kaum auf. Warum sind Sie bei (Ober-)Bürgermeister-, Stadtrats- und Gemeinderatswahlen noch nicht angetreten?

Wir sind eine Partei der Bundes-themen. Was die Wahlen auf kommunaler Ebene angeht, wollen wir keine bloßen Zählkandidaten ins Rennen schicken. Ob wir bei der OB-Wahl in Landshut mit einem Bewerber antreten, ist noch nicht entschieden. Wir erwägen diese Option ernsthaft, haben aber noch bis zum Sommer Zeit. Wenn, dann werden wir einen Kandidaten aufstel-



Die AfD tritt für eine Schließung der EU-Außengrenzen ein.

Foto: dpa

genmächtig eine Ausnahmeregelung für den Dublin-Vertrag getroffen, ohne dafür je die Genehmigung durch den Bundestag einzuholen. Das ist bis heute nicht passiert. Insofern hat sich die Kanzlerin in dieser Frage praktisch selbst ermächtigt; die demokratische Legitimation dafür fehlt. Zudem ist die Bundesregierung nach dem Grundgesetz dazu verpflichtet, im Interesse des deutschen Volkes zu handeln. Stattdessen wird dieses Staatsvolk derzeit, schleichend, ausgetauscht

verschleiert wird. Für mich ist das ein Anschlag auf die Informationsfreiheit. Die AfD tritt zudem für eine Schließung der EU-Außengrenzen ein. Einwanderungswillige sollten außerhalb der EU in Zentren zusammengefasst werden, wo über Asylanträge beziehungsweise Einwanderungsbegehren zu entscheiden ist. Das alles wäre aber nichts Neues: Wir würden damit lediglich wieder EU-Verträge und geltendes Recht anwenden.

te Handlungsanweisungen. Und er akzeptiert keine andere Gesellschafts- und Rechtsordnung als die von Allah. Der Islam hat sich nach seinem Selbstverständnis zudem erst dann erfüllt, wenn alle Menschen Muslime sind. Insgesamt ist der Islam mehr als eine Religion: Er ist ein totalitäres politisch-gesellschaftliches System, das alle Lebensbereiche erfasst. Dieser Aspekt wird bei uns bislang ausgeblendet.

Sie fordern in dem Programmentwurf, Bau und Weiterbetrieb von Moscheen zu verbieten. Warum?

Solange nicht klar ist, was in den Moscheen tatsächlich geschieht, halten wir den Weiterbetrieb für unverantwortlich. Dort darf nicht etwa zur Beseitigung unserer staatlichen Ordnung aufgerufen werden. In dieser Hinsicht sind die Muslime in der Bringschuld, die Beweislast liegt bei ihnen. Wenn erwiesen ist, dass in den Moscheen – wie in den christlichen Kirchen – nur gebetet und der Glaube verbreitet wird, haben wir nichts gegen den Weiterbetrieb. Uns geht es nur um die Einhaltung der Verfassung.

Sie sind pensionierter Oberstaatsanwalt. Wie ist ein solcher Vorstoß mit der vom Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit zu vereinbaren?

Es handelt sich um eine Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, die wir niemandem absprechen. Vom Grundgesetz geschützt ist aber auch die negative Religionsfreiheit, also frei von jeder Religion und ihren Auswirkungen leben zu dürfen. Zudem darf die Ausübung der Religionsfreiheit bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte weder bedingen noch beschränken. Das heißt: Die Religionsausübung darf nicht über anderen Gesetzen stehen.

LANDSHUT

in der LZ

(I) Seite 14

dring über Arbeit mit
chtlingen informiert

(II) Seite 15

er: Kommt bald Aus
ale Unterkünfte?

ofen Seite 20

Gemeinsame Lö-
ilsheim vorgestellt

Landshut Seite 27

at Stefan Gruber
hienensoffensive“

rogramm Seite 54

blatt Seite 18

partner in der Redaktion

Landshut

is@landshuter-zeitung.de

0871-850-2819

0871-850-2812

rcher 0871-850-2813

nger 0871-850-2811

Landshuter-zeitung.de

0871-850-2819

rner 0871-850-2815

0871-850-2816



Unsere Laufmädels freuen sich über ihre Trikots. Foto: rj

„Landshut läuft“ – Und wir gleich mit (7)

Die Trikots sind da, am Sonntag ist der Lauf, unser Läuferteam steckt in den letzten Vorbereitungen. Die Rennstrecke wird vorher schon einmal ausprobiert, das Dress gewaschen, die Snacks werden vorbereitet und das Filmteam steht bereit. Eine Mischung aus Aufregung und Vorfreude macht sich breit. Vorfreude darauf, dass bald alles vorbei ist, versteht sich. Maria und Janine sind ihrem Ziel so nahe, haben trotz Beschwerden und Motivationsschwierigkeiten alles gegeben – inklusive der einen oder anderen Ausrede. Eins ist definitiv sicher: Die letzten sieben Wochen waren anstrengend, haben sich aber gelohnt! Allgemein bessere Fitness und das Wissen, sich durchgekämpft und nicht aufgegeben zu haben, waren die Quälerei wert! Jetzt muss am Sonntag nur noch das Wetter mitspielen und das Projekt „Landshut läuft“ ist erfolgreich abgeschlossen – bis zum nächsten Jahr. Vielleicht... -ma/rj-

Wie stehen Sie zu umstrittenen Projekten in unserer Region wie dem Weiterbau der B15 neu?

Die Verkehrsprobleme der Region sind bekannt. Es ist klar, dass dieses Thema angegangen werden muss. Persönlich bin ich der Meinung, dass uns nichts anderes übrig bleibt, als die B15 neu über die A92 hinaus zu verlängern. Bei der Verkehrsinfrastruktur zeigt sich aber ein generelles Manko der Stadt: Es wurde versäumt, Nachbarkommunen wie Ergolding und Altdorf einzugemeinden. Das würde regionale Infrastrukturprojekte vereinfachen. Und es hätte positive Auswirkungen auf die Finanzlage Landshuts.

Die AfD gilt als Befürworter der Kernenergie. Wären Sie dafür, das Kernkraftwerk Isar 2 über 2022 hinaus weiterzubetreiben?

Das ist eine Grundsatzfrage. Das Thema Energie ist existenziell für Deutschland. Kanzlerin Angela Merkel kam ja über Nacht zu der Erkenntnis, dass unser Land wie Japan akut erdbeben- und tsunamigefährdet ist. So wurde der überstürzte, handstreichartige Atomausstieg begründet. Die Bevölkerung hätte aber erst über die Vor- und Nachteile aufgeklärt werden müssen. Das ist bis heute nicht geschehen. Wir halten in dieser Frage übrigens einen Volksentscheid für das Mittel der Wahl. Eine Entscheidung solcher Tragweite sollte vom Souverän, also dem Volk, und nicht von den Parteien getroffen werden.

Das alles dominierende politische Thema ist noch immer die Flüchtlingskrise. Die AfD kritisiert dabei die „Willkommenspolitik“ der Bundesregierung heftig. Warum?

Weil sie verfassungswidrig ist. Die Bundesregierung, genauer die Kanzlerin, hat über Nacht beschlossen, geltendes Recht – allen voran das im Grundgesetz geregelte Asylrecht – nicht mehr anzuwenden. Am 4. September 2015 hat Merkel ei-

passiert ist. Was momentan abläuft, ist quasi eine Umvolkung. Wir sind gleichzeitig Zeugen und Betroffene eines Staatsstreichs.

Wie stehen Sie zum Grundrecht auf Asyl?

Wir bekennen uns zum Asylrecht. Allerdings nur unter den im Grundgesetz geregelten Voraussetzungen. Es bleibt festzuhalten, dass die allermeisten Menschen, die zu uns gekommen sind, eben keine Asylberechtigten und auch keine Flüchtlinge sind. Letzteres ist man nur solange, bis man sich in Sicherheit befindet – was zum Beispiel für sogenannte Flüchtlinge aus Syrien schon der Fall ist, wenn sie sich in der Türkei befinden. Mit dem falsch verwendeten Begriff „Flüchtling“ soll doch nur an die Herzen und die Schuldgefühle der Bürger appelliert werden. Dabei handelt es sich ganz überwiegend schlicht um Auswanderungswillige, die nun in Europa, vorzugsweise in Deutschland, ein besseres Leben suchen. Das muss endlich klar so benannt werden – und die Entscheidung, ob man diese Menschen dann aufnehmen möchte, sollte das Volk treffen.

Was wollen Sie bei der Flüchtlingspolitik konkret verändern?

Wir fordern, dass die Bürger über das Thema aufgeklärt werden und ein offener Diskurs darüber ermöglicht wird. Dazu gehört, dass die Medien zu einer manipulationsfreien Berichterstattung zurückkehren. Und dass der Flüchtlingsbegriff wieder korrekt verwendet wird. Zudem ist eine Kriminalitätsstatistik vorzulegen, bei der auch die Nationalität der Täter anzugeben ist. Mit dem, was die Behörden bisher liefern, sollen die Bürger doch nur für dumm verkauft werden, weil viel

würden und den gewünschten Effekt hätten: Mehr als eine Million Flüchtlinge sind bereits im Land. Wie möchte die AfD mit diesen Menschen umgehen?

Dass die Integration einer solchen Menge an Einwanderern gelingen könnte, ist Wunschenken. Besonders die Herkunft der Einwanderer halte ich für ein Problem: Es ist ein großer Unterschied, ob es sich um Menschen aus dem europäischen

Kulturkreis handelt – oder, wie in diesem Fall, aus gänzlich anderen Kulturen. Zumal diese Menschen ihre Lebensweise in aller Regel beibehalten wollen. Der Islam ver-

bietet Assimilierung ja sogar. Und auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bezeichnete Assimilierung als „Verstoß gegen die Menschenrechte“. Unter diesen Voraussetzungen sind Integrationsbemühungen zum Scheitern verurteilt. Wir werden nicht um die Erkenntnis herumkommen, dass viele von den Einwanderern, die bereits da sind, nach Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen in ihre Heimat zurückgeführt werden müssen. Das ist in der Praxis zugegebenermaßen schwierig. Aber es ist das kleinere Übel.

Die AfD Niederbayern sorgt mit ihrem Entwurf zum AfD-Grundsatzprogramm für Wirbel. Sie haben daran mitgewirkt – und bezeichnen den Islam darin als „verfassungsfeindlich“. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung?

Der Islam ist mit den Normen und Zielen des Grundgesetzes nicht vereinbar. Denn er trennt nicht zwischen Kirche und Staat, sondern fordert einen Gottesstaat einschließlich der Einführung der Scharia. Um dies umzusetzen, gibt der Islam seinen Gläubigen konkre-

tenhang zwischen den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht und der Religion der Täter her?

Ob das auf die Religion, Kultur oder andere Gründe zurückzuführen ist, vermag ich nicht zu sagen. Es interessiert mich aber auch nicht. Für mich war das ein Vorgesmack darauf, was kommen kann, wenn die Lage in der Flüchtlingskrise so außer Kontrolle bleibt, wie sie es ist. Der Staat muss die Kontrolle endlich zurückgewinnen.

So wichtig das Thema auch ist: Politik ist mehr als Flüchtlingskrise. Welche zentralen Vorstellungen hat die AfD in anderen Bereichen?

Ich nenne als Beispiel die Familienpolitik. Da wollen wir dem im Grundgesetz vorgegebenen Bild von Ehe und Familie wieder Geltung verschaffen. Man kann diese Begriffe doch nicht beliebig umdefinieren! Wir respektieren zwar alle Lebensentwürfe, aber die gesellschaftlichen Ausnahmefälle dürfen nicht für allgemeingültig erklärt werden. Auch der Gender-Wahnsinn muss aufhören. Diese Ideologie ist ein Anschlag auf die Freiheit des Denkens und der Wissenschaft.

Alle Umfragen deuten darauf hin, dass Ihrer Partei 2017 der Einzug in den Bundestag gelingt. Soll die AfD dann in die Opposition gehen? Oder wären Sie zum Mitregieren bereit – wenn sich denn ein Partner fände?

Falls die SPD es nochmals in den Bundestag schafft und das Merkel-Lager aus den Blockparteien CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke und FDP nochmals eine Mehrheit zustandbringt, wird die AfD in die Opposition gehen. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass wir bis dahin so stark sind, dass wir Regierungsverantwortung übernehmen müssen. In diesem Fall werden wir uns den Koalitionspartner genau aussuchen und unsere Bedingungen stellen.

Das Gespräch führte Johannes Viertböck.

INTERVIEW

mit

Wolfram Schubert

Der pensionierte Oberstaatsanwalt leitet den Kreisverband Landshut-Kelheim der AfD